

© Luxemburger Wort

Weiteres Containerdorf steht in Frage

CSV-Mamer will keiner punktuellen
Abänderung des Flächennutzungsplans
zustimmen

VON NICOLAS ANEN

Das Projekt eines Containerdorfes für Flüchtlinge in Steinfort steht am Nullpunkt. Ein Schicksal, das auch dem Containerdorfprojekt in Mamer droht. So steht die CSV-Mamer nicht zur Verfügung, um den Flächennutzungsplan entsprechend punktuell umzuändern.

Zuletzt war es ruhig um das Containerdorfprojekt von Mamer geworden. Doch mit dem startenden Gemeindewahlkampf kommt das Thema wieder zum Vorschein. Doch erst einmal alles der Reihe nach.

Vor zwei Jahren hatte der Gemeinderat aus Mamer noch einstimmig ein positives Gutachten zum Containerdorfprojekt abgegeben. Das Regierungsprojekt sah die Errichtung von drei Containerwohnzeilen auf einem Gelände in Nähe der Europaschule vor, in dem bis zu 300 Flüchtlinge aufgenommen werden könnten.

Die Regierung leitete die Prozedur mit einem „Plan d'occupation du sol“ (POS) ein. Dies sei ein „schnelles Instrument“, wurde damals argumentiert. Vor allem aber ist bei dieser Prozedur die Regierung, nicht die Gemeinde, federführend. Doch haben mittlerweile 38 Bürger gegen den POS Einspruch erhoben. Das Urteil in erster Instanz des Verwaltungsgerichtes wird in den kommenden Monaten erwartet.

Bekanntlich hat das Verwaltungsgericht bereits im Fall des Containerdorfs in Steinfort klagenden Bürgern Recht gegeben.

Worauf die Regierung den „Plan d'occupation du sol“ zum Bau einer Struktur für Flüchtlinge in Steinfort annullierte. Ressortminister François Bausch forderte dann den Steinforter Gemeinderat um Bürgermeister Jean-Marie Wirth (CSV) dazu ein, den Flächennutzungsplan (PAG) punktuell umzuändern. Dies damit der Bau eines Containerdorfes zulässig wäre. Doch darauf ließ sich der Steinforter Gemeinderat nicht ein. Damit wurde das Projekt auf die lange Bank geschoben.

Die Steinforter Position nimmt nun auch die CSV-Mamer ein. Sollte sich erweisen, dass der POS auch in Mamer nicht rechtens ist, dann „wird die CSV-Mamer einer punktuellen Abänderung seines PAG nicht zustimmen“, kündigt Bürgermeister Gilles Roth (CSV) an. Bei der Aufrichtung eines Containerdorfes handle es sich um eine nationale Prozedur. „Es ist nicht an den Gemeindeverantwortlichen ‚d'Pan ze klaken‘“, betont er. Er befürchtet, die Akzeptanz für das Projekt sei in der Bevölkerung nicht mehr gegeben.

Das bedeute nicht, dass die Gemeinde nicht bereit sei, Verantwortung zu übernehmen, fügt Gilles Roth gleich hinzu. Dies aber im Rahmen einer nationalen Quotenreglung. Vorstellen könnte Roth sich, dass jede Gemeinde aufgefordert werde, fünf Flüchtlinge auf 1 000 Einwohner aufnehmen zu müssen. Damit könnten landesweit 2 500 Plätze geschaffen werden, rechnet er vor. „Das wären dann für Mamer 50 Personen.“ Um diese Flüchtlinge zu beherbergen, sei es relativ schnell möglich, im Ort Mamer die notwendigen Strukturen zu errichten. „Das entspricht etwa zwei Mehrfamilienhäusern“, so Roth.

„Das Containerdorf ist für mich gestorben“, sagt seinerseits der LSAP-Schöffe Roger Negri, als er auf die Entscheidung seines Koalitionspartners angesprochen wird. Das Vorhaben, Strukturen für 300 Personen zu errichten, sei wohl damals in der Dringlichkeit des Augenblickes etwas voreilig getroffen worden. „Man kann die Leute nicht so zusammenpferchen“, so Negri. „Die Zeit dafür ist vergangen“, sagt er, das Projekt sei nicht mehr „durchsetzbar“.

„Ecole de la deuxième chance“ könnte nach Mamer

ziehen

Es gibt aber noch einen weiteren Grund warum sich die Frage des Containerdorfes vielleicht nicht mehr stellen könnte. Wie es in Mamer heißt, ist derzeit im Gespräch, die „Ecole de la deuxième chance“ in der Gegend der Grundstücke zu errichten, die für das Containerdorf vorgesehen sind.

Dem widerspricht aber Dany Frank, Pressesprecherin im Nachhaltigkeitsministerium. Es stimme, dass derzeit eine Machbarkeitsstudie durchgeführt werde, um die „Ecole de la deuxième chance“ in Mamer zu errichten. Allerdings sei das Staatsgelände neben der Europaschule groß genug, sodass der Standort für das Containerdorf durch dieses Projekt nicht infrage gestellt werde, erklärt sie.

Demnach heißt es weiterhin, auf das Urteil des Verwaltungsgerichtes warten. Sollte dieses negativ ausfallen, sieht es nicht gut für das Containerdorfprojekt aus.

Luxemburger Wort vom Samstag, 9. September 2017, Seite 31